

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Hans Büchler MdB zu  
Bonner Versäumnissen  
im deutschen Einheits-  
prozeß: Vergessen, wie  
das Leben wirklich ist.

Seite 1

Petra Mackroth und  
Malte Ristau zu Überle-  
gungen zur Mehrheits-  
fähigkeit der SPD: Zum  
Zukunftsbündnis mit  
den Älteren. (Teil I)

Seite 3

Heinz Köhler MdEP zur  
Bedeutung von kom-  
munalen Partner-  
schaften mit Ungarn,  
Polen und der CSFR:  
Zwangsabschottung  
des Ostens überwin-  
den.

Seite 5

46. Jahrgang / 50

13. März 1991

### Vergessen, wie das Leben wirklich ist Zu Bonner Versäumnissen im deutschen Einheitsprozeß

Von Hans Büchler MdB

Der Osten Deutschlands braucht dringend Rat und Hilfe, aber die Konzepte der Bundesregierung greifen nicht. Sie hat den Einigungsprozeß zwar dynamisch angepackt und sozusagen an sich gerissen, was völlig richtig war; aber den nachfolgenden gesellschaftlichen Einigungsprozeß hat man aus wahltaktischen Gründen und mangels einer echten Konzeption außer acht gelassen. Die Juristen haben mit deutscher Gründlichkeit auftragsgemäß ein gigantisches Vertragswerk in kürzester Zeit gezimmert. Weil es jedoch im juristischen Denken verhaftet blieb, hat man übersehen oder vergessen, wie das Leben wirklich ist. Man hat vergessen, das Vertragswerk mit Leben zu füllen. Dieser Bundesregierung muß man daher vorwerfen:

1. Sie wollte einen unvergleichlich komplizierten Prozeß ohne das Fachwissen der Spezialisten gestalten. Die Spezialisten sind z.B. die Leute aus dem ehemaligen innerdeutschen Ministerium. Diese Fachleute hätten Bescheid gewußt, wie es in der ehemaligen DDR aussah und aussieht und was besonders zu beachten ist. Dies hat die Bundesregierung, leichtsinnigerweise oder aus anderen Gründen, versäumt - und jetzt haben wir die sattem bekannten Schwierigkeiten.
2. Wir kennen die Beamten und Angestellten des ehemaligen innerdeutschen Ministeriums und wissen, wie sehr sie darunter gelitten haben, während des komplizierten Einigungsprozesses nicht in die Arbeit einbezogen worden zu sein. Mehr noch und darin liegt der Skandal: Auch nachträglich, nach den geschlossenen Verträgen, sind diese hochqualifizierten Beamten und Angestellten in dem Sinne arbeitslos geworden, daß sie heute auf Positionen sind, die keineswegs ihrem großen Fachwissen entsprechen. Kann man eigentlich menschliche Ressourcen noch leichtfertiger vergeuden? Diese Beamten werden jetzt nach und nach, Referat für Referat, in andere Ministerien versetzt. Was aber - ich möchte fast sagen - existentiell fehlt, das ist, daß sie Ihrem Wissen gemäß wieder arbeiten. Das beste wäre eben gewesen, wenn dieser komplexe und eingespielte Beamtenapparat zusammengeblieben wäre und für den Aufbau der neuen Bundesländer eingesetzt worden wäre. Die hätten eine erstklassige Arbeit geleistet. Davon bin ich überzeugt. Daß die Chefkoordinierer im Kanzleramt dieses nicht gesehen haben, ist und bleibt ein Skandal der ersten Ordnung.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Freemilch-Ümprint  
mit recyceltem Rohmaterial  
Recycling-Papier



3. Jeder weiß, daß in den neuen Bundesländern der öffentliche Dienst dringend gebraucht wird - und zwar vom Sekretär und Obersekretär bis hin zu den höchsten Beamten. Meiner Meinung nach müßte konkret jeder siebte des Öffentlichen Dienstes in die DDR versetzt werden. Jeder siebte Platz in den neuen Bundesländern müßte mit Beamten besetzt werden, die die Vorschriften und Verordnungen und Gesetze etc. auch lesen können und gleichviele Beamte müßten in die alten Bundesländer zur Ausbildung kommen. D. h., daß ein Austausch von Hunderttausend Beamten und Angestellten notwendig ist, um die Probleme zu lösen, vor denen wir nun einmal stehen. Diese Zahl von 100 000 öffentlich Bediensteter ist dringend notwendig, wenn das beispiellose Experiment der deutschen Vereinigung gelingen soll. Die Gruppe aus dem ehemaligen innerdeutschen Ministerium wäre dann der richtige Stab für die Bundesregierung, um ein solches Werk auch von Bonn aus richtig zu lenken und zu leiten. Jetzt kostet der Dilettantismus der Bundesregierung uns allen sehr viel Geld und Motivation. In dem Zusammenhang könnte man auch Überlegungen anstellen, in dieses Austauschprogramm Langzeitarbeitslose - unter denen sich viele Betriebs-Verwaltungsspezialisten befinden - im Rahmen von ABM-Maßnahmen aufzunehmen.
4. Einer typischen Legendenbildung bei dieser Diskussion muß man entgegenreten. Es ist inzwischen ein gern geglaubtes Märchen, daß der öffentliche Dienst nicht bereit wäre, in die östlichen Teile unseres Landes zu gehen. Meine Erfahrung in der Zwischenzeit ist die, daß sehr wohl die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bereit sind, ihre Aufgabe in diesem Sinne zu erfüllen. Aber natürlich müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Ich sage z.B., daß neben dem, was an berechtigter Auslöse nötig ist, sollten sie auch früher befördert werden, wenn sie zurückkommen. Warum sollten denn nicht diejenigen, die hier bleiben - es sozusagen irgendwie in schwierigen Zeiten bequamer haben - nicht ein wenig warten zugunsten derer, die drüben Pionierarbeit machen? Dafür dürfte Akzeptanz vorhanden sein. Wir haben die "Betriebsanleitung" - sprich Gesetze und Verordnungen - in die neuen Bundesländer gebracht. Diese Betriebsanleitung muß aber gelesen werden können. Man kann schlechterdings nicht von den Angehörigen des Öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern erwarten, daß sie sich sozusagen über Nacht den über Jahre erworbenen Ausbildungs- und Wissensstand der westlichen Verwaltungsfachleute aneignen können. Ganz zu schweigen davon, daß die Menschen in den neuen Bundesländern ebensowenig von heute auf morgen ihr anerzogenes Verhaltensmuster gegenüber staatlichen Institutionen ablegen können.
5. Beim notwendigen Austausch des Öffentlichen Dienstes in West-Ost- und Ost-West-Richtung darf man sich nicht auf die oberen Beamtenränge konzentrieren. Möglicherweise kann ein hochgestellter und hochqualifizierter Finanzbeamter gar nicht mehr die Steuererklärung dem Neubürger erklären, der danach fragt. Aber z.B. der Hauptsekretär kann das sehr gut - und der ist in der jetzigen Situation ebenso und sogar notwendiger als der Regierungsdirektor. Es geht nicht an, daß wir die Gesetze den neuen Bundesländern überstülpen und sie dann alleine lassen. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, mit hochkomplizierten Gesetzestexten umgehen zu können. Wir brauchen auch den, der sie uns erklärt. Und das ist eben der geschulte Mann, der über 10 oder 20 Jahre gelernt hat, oder jedenfalls eine Lehrzeit hinter sich hat und dann diese Gesetze auszulegen und umzusetzen weiß. Genau dieses Umsetzen fehlt in den neuen Bundesländern fundamental.
6. Ein weiterer Punkt erschwert ein realistisches Anpacken der nun einmal existierenden Probleme bei der deutsch-deutschen Vereinigung: Es wird argumentiert, die Menschen in der ehemaligen DDR seien zu empfindlich, sie wollten eine solche Hilfe nicht, sie wollten sich ihre Besonderheit behalten u.s.w.. Das war

jedoch nie eine Mehrheitsmeinung in der ehemaligen DDR. Das waren und sind die Sensibilitäten der Intellektuellen, oder derer, die sich für intellektuell halten. Identität erfahre ich doch auf anderen Gebieten. Wenn mir jemand hilft, die Stromrechnung zu lesen, die Einkommenssteuererklärung zu machen, ein Grundbuch zu lesen, dann ist das hier und in den neuen Bundesländern in Ordnung. Genauso sehen das die Menschen in der ehemaligen DDR bei jedem Gang auf irgendein Amt irgendeiner Bürokratie in jeder x-beliebigen Stadt. Sie lassen sich gerne helfen. Dadurch verliert niemand seine Identität. Von Bevormundung kann keine Rede sein.

7. Noch ein wichtiger Aspekt muß beim Namen genannt werden: Um die Seilschaften aus der ehemaligen SED zu zerschlagen, die uns nach wie vor unheimlich zu schaffen machen, wäre es wichtig, daß jeder siebte oder sechste öffentlich Bedienstete aus der alten Bundesrepublik in die neuen Länder versetzt würde. Auch aus diesem Grunde wäre der Austausch nötig, um ein destruktives Kapitel deutscher Geschichte zu durchbrechen und endgültig aufzulösen.
8. Das schädliche Jammern muß endlich ein Ende haben. Der Aufbauprozess in den neuen Bundesländern muß dynamisch angepackt werden. Ohne Zweifel stehen jetzt nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung genügend Gelder zur Verfügung. Es fehlt daran, diese Gelder effektiv einzusetzen. Damit der Prozeß seine Akzeptanz in der gesamten deutschen Bevölkerung nicht verliert, dürfen wir nicht vergessen: Wir haben auch in den alten Bundesländern riesige Probleme, jeder sieht oder erlebt aus eigener Erfahrung die eklatante Wohnungsnot in jeder Stadt der Republik oder die zahlreichen Fälle von Mindestrenten. Auch diese existenziellen Probleme müssen bald gelöst werden. Die Investitionstätigkeit bei uns - im Ruhrgebiet z.B. oder in anderen Regionen - darf nicht vernachlässigt werden. Sonst zahlen wir in wenigen Jahren für Versäumnisse in den alten Bundesländern ein Mehrfaches von dem, was wir heute zahlen müssen. Im Augenblick ist viel aus den Fugen, Ungleichgewichte sind entstanden und entstehen im wachsendem Tempo. Es muß von den Regierenden ein weitgehend geschlossenes Konzept erarbeitet werden. Es muß Orientierungs- und Führungsarbeit geleistet werden. Diese Bundesregierung ist dazu offensichtlich immer weniger in der Lage.

(-/13. März 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Zum Zukunftsbündnis mit den Älteren** **Überlegungen zur Mehrheitsfähigkeit der SPD (Teil I)**

**Von Petra Mackroth und Malte Ristau**

#### **I. Wer sind die Älteren?**

In der Bundesrepublik leben derzeit rund 16 Millionen über 60jährige, das sind mehr als 20 Prozent der Bevölkerung. Der relative wie der absolute Anteil der Älteren an der Bevölkerung nimmt weiter zu. Das "Alterskern" der Gesellschaft wird durch die Erweiterung um die Ostdeutschen ein wenig gebremst aber nicht grundsätzlich aufgehalten. Einem Drittel Männer stehen zwei Drittel Frauen gegenüber. Die Lage der Älteren hat sich seit Kriegsende materiell und gesundheitlich erheblich verbessert, obwohl es nach wie vor ein relevantes Ausmaß von Altersarmut

gibt, speziell bei alleinstehenden Frauen. Uns liegen heute, neben den schon länger bekannten sozialstrukturellen Trendbeschreibungen (Verweiblichung, Verjüngung, Ausdehnung der Altersphase), neuere Erkenntnisse vor, die dezidierte politische Schlußfolgerungen erlauben.

So kennen wir mittlerweile eine breite Palette von Lebensstilen und Lebenszielen auch in dieser Bevölkerungsgruppe. Die Vielfalt der geäußerten Erwartungen an Lebensqualität steht der in jüngeren Altersgruppen kaum noch nach. Bislang hat die SPD fast ausschließlich die Motive Sicherheit und Geborgenheit unterstellt. Sie behalten ihren hohen Stellenwert, neben sie treten aber zunehmend Wertsetzungen wie Selbständigkeit, Lebensgenuß, Selbstverwirklichung. Die Erkenntnisse beziehen sich auf die westdeutsche Bevölkerung. In repräsentativen Untersuchungen - unter anderem der Friedrich-Ebert-Stiftung - sind einzelne Teilgruppen genauer bestimmt worden (Lebenslage und Lebensstil, Politikererwartung, Informationsbedürfnisse, Aktivitäten). Über die Älteren in den neuen Bundesländern wissen wir noch zu wenig. Wir vermuten, daß dort materielle Unsicherheit, traditionelle Lebensstile und eher resignative Zukunftserwartungen dominieren.

## II. Wie wählen die Älteren?

Der Anteil der Älteren an der gesamtdeutschen Wahlbevölkerung macht circa 25 Prozent aus. Durch die höhere Wahlbeteiligung der Älteren liegt er jedoch real bei über 30 Prozent. Die Älteren haben bei der Bundestagswahl 1990 zu 86 Prozent ihre Stimme abgegeben. Die 60 bis 70jährigen sind die 'fleißigsten' Wähler überhaupt. Auch bei den über 70jährigen ist die Beteiligung noch deutlich höher als bei den bis 30jährigen.

Die Älteren konzentrieren sich in ihren Politikererwartungen bislang auf die beiden großen Volksparteien. Der Abstand zwischen SPD und CDU bei der letzten Bundestagswahl betrug fast 20 Prozent. Der Anteil der politisch schwachgebundenen und vor Wahlen lange unentschlossenen Älteren steigt. Bei den Landtagswahlen ab Mitte der 80er Jahre hat die CDU in dieser Altersgruppe deutlich an Boden verloren.

Eine Untersuchung (veröffentlicht 1990) der Adenauer-Stiftung weist im Zeitvergleich der 80er Jahre auf gravierende Kompetenzverluste der CDU bei den Älteren hin, vor allem bei den Themen Rentensicherung und Stabilisierung der Wirtschaftslage, Preisstabilität und Gesunderhaltung der Menschen. 'Sozialdemokratische' Themen, wie zum Beispiel Pflegeversicherung und für uns überraschend Umweltschutz haben eine hohe Wertigkeit bei den politischen Schwerpunktsetzungen der Älteren.

Aus dem Stand und fast ohne Werbung haben die erstmals kandidierenden 'Grauen' am 2. Dezember 1990 im Westen und im Osten 0,8 Prozent der Stimmen erzielt, in einer Reihe von Großstädten sogar deutlich über zwei Prozent. Aus Untersuchungen sowohl der Ebert-Stiftung wie der Adenauer-Stiftung wissen wir, daß 15 beziehungsweise 14 Prozent der Älteren eine separate Partei für wünschenswert halten. Unter den potentiellen Wählern befinden sich besonders viele ehemalige Volksschulabsolventen, die nur wenig Rente beziehen. Kandidaturen der Grauen könnten in Zukunft sowohl Proteststimmen auf sich ziehen als auch zum Ausdruck eines neuen Lebensgefühls ('aktive Alte') innerhalb einer Generation werden.

## III. Zum Stand der sozialdemokratischen Seniorenarbeit

Der Anteil der über 60jährigen in der SPD beträgt 24 Prozent, der Anteil der über 55jährigen liegt bei circa 37 Prozent. Ihre Mobilisierbarkeit ist überdurchschnittlich hoch. Auch in der SPD melden sich die aktiven neuen Alten offensiver zu Wort.

Sie treffen auf eine Partei, die Seniorenarbeit in weiten Teilen immer noch als Betreuungsarbeit betrachtet: 'Sicherheit und Geborgenheit geben, miteinander sein, den Laden zusammenhal-

ten". Die Außenwirksamkeit ist unter anderem deshalb regional sehr unterschiedlich, zum Teil ist sie nicht vorhanden.

Die Seniorenarbeit wird von der Partei in der Regel nur formal berücksichtigt. Es gibt kaum innovative Impulse aus den Gliederungen zur inhaltlichen und organisatorischen Arbeitsgestaltung. Heutige Angebote für Senioren unterscheiden sich kaum von denen vor 15 Jahren. Die Bandbreite von Arbeitsformen ist begrenzt, Teamarbeit ist selten. Wir erreichen meist die eigenen Mitglieder und engste Sympathisanten und beschränken uns darauf. Seniorenbeauftragte fühlen sich mit Ihrer Arbeit und ihren Wünschen, Neues auszuprobieren, oft allein gelassen.

Das große Vorfeld organisierter Älterer verändert sich. Neben den üblichen Wohlfahrts-Verbänden und Vereinen treten immer mehr dezentrale projektbezogene, zum Teil zeitlich befristete Initiativen und Gruppen auf. Wir berücksichtigen sie in unserer Vertrauensarbeit bislang nur unzureichend.

Wir wissen, daß die Älteren insgesamt Instrumente der Interessenvertretung verstärkt einfordern. Sie erwarten sich davon Korrekturen der von ihnen stark empfundenen Ausgrenzung, Diskriminierung und Entmündigung. Es haben sich neue Mitwirkungsformen entwickelt, die "kommunalen Seniorenbeiräte" mit unterschiedlichen politischen Ansprüchen und Legitimationen. Die Zahl der dort aktiven älteren SPD-Mitglieder ist wesentlich größer als die der Unterbezirks-Seniorenbeauftragten. Ein verstärktes Engagement ist daher auch von kommunalen Mandatsträgern und von der SGK erforderlich.

(-/13. März 1991/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

\*\*\*\*\*

### **Zwangsabschottung des Ostens überwinden**

**Zur Bedeutung von kommunalen Partnerschaften mit Ungarn, Polen und der CSFR**

**Von Heinz Köhler MdEP**

**Stellvertretender Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur CSFR**

Der Wandel zu demokratischen Strukturen westlichen Zuschnitts in den Ländern Osteuropas sollte mit kommunalen Partnerschaften nachhaltig unterstützt werden. Nachdem inzwischen auch auf kommunaler Ebene demokratische Wahlen stattgefunden haben - zuletzt Ende November 1990 in der CSFR - ist die Tür offen. Wir wissen, daß die Städte, Kreise und Gemeinden Osteuropas sehr auf unsere Bereitschaft warten. Was bisher im Westen Europas möglich und erfolgreich war, muß jetzt auch für Osteuropa gelten. Die Zeit hierfür ist reif.

Kommunale Partnerschaften könnten die jahrzehntelange Zwangsabschottung von Europa für die Menschen am besten überwinden. Die bilateralen Verträge, wie die geplanten Assoziierungsabkommen der EG mit Ungarn, Polen und der CSFR, geben den notwendigen Rahmen für solche Partnerschaften, da sie auch eine enge kulturelle Zusammenarbeit vorsehen.

Aufgabe der EG ist es kommunale Initiativen zu Partnerschaften künftig sowohl ideell als auch finanziell zu fördern. Die bisher dafür eingesetzten Mittel sind mehr als bescheiden. Die Gemeinschaft und die Mitgliedsstaaten müssen sich auch auf diesem Gebiet ihrer Verantwortung bewußt werden. Nur so wird es gelingen, ein gesamteuropäisches Haus einschließlich der Osteuropäer zu bauen.

Bisher gibt es in Bayern nach Angaben des Innenministeriums je eine Partnerschaft mit der CSFR und Polen, und zwar zwischen Nürnberg und Prag seit dem 3. September 1990 und zwischen Nürnberg und Krakau seit dem 3. Oktober 1979. Mit ungarischen Kommunen haben sechs bayerische Gemeinden beziehungsweise Städte Partnerschaften (Germering, Reichertshofen, Marktleugast, Büchenbach, Kempten, Gröbenzell). Insgesamt haben - so das Ministerium - 500 bayerische Kommunen Partnerschaften mit ausländischen Kommunen. Nahezu die Hälfte sind mit französischen Gemeinden verbunden.

Zu begrüßen ist, daß die Bayerische Staatsregierung die Fortsetzung und Intensivierung kommunaler Partnerschaften nachdrücklich befürwortet und sie als "ein bedeutsames Mittel zur Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls" bewertet, wie vor kurzem von Innenminister Stoiber zu hören war. Diese Aussage allein genügt jedoch nicht. Von der Staatsregierung ist zu erwarten, daß sie sich in Brüssel - dort stellt sie mit Peter Schmidhuber den Haushaltskommissar - und in Bonn über Finanzminister Theo Waigel für eine finanzielle Förderung einsetzt und sich auch von Bayern aus um verstärkte Beziehungen zu der neuen Nachbarschaft bemüht.

Kommunale Partnerschaften waren nach dem Krieg ein wichtiger Baustein für das Zusammenwachsen in Westeuropa. Die europäische Einigung kann nur gelingen, wenn sie nicht Sache der Politik bleibt, sondern im Herzen der Menschen lebt. Und dafür ist Voraussetzung, daß man sich über die Grenzen hinweg kennen und schätzen lernt. In dem schnellen Wechsel zu westlichen demokratischen Verhältnissen und radikaler Umstellung auf andere Lebensverhältnisse kann Osteuropa durch kommunale Partnerschaften eine wirkungsvolle Unterstützung gewährt werden.

(-/13. März 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*